

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 358

26. April 2006

12. Jahrgang

Von San Marcos nach Kolumbien: Die regionale Integration von Gold und Gewehrkugeln

Der folgende Artikel von Sandra Cuffe von der Menschenrechtsorganisation *Rights Action* analysiert die Militarisierung als einen wichtigen Aspekt der Kontrolle von Territorien, Ressourcen und Bevölkerung und hinterfragt den vermeintlichen „Kampf gegen den Drogenhandel“ in Regionen, die reich an Mineralien und anderen Ressourcen sind. Er vergleicht den *Plan Colombia* mit der aktuellen Situation von San Marcos, wo auf der einen Seite die Bevölkerung von Sipakapa sich eindeutig und klar gegen die Präsenz der Goldmine *Marlin* ausspricht und auf der anderen Seite im Rahmen des *Plan Maya Jaguar* US-amerikanische Militäranghörige bei der Vergiftung und Ausrottung von Schlafmohn-Plantagen (Rohstoff von Opium) mithelfen.

Marlin, ein Minendistrikt in indigenem Territorium

Im Hochland von San Marcos, in den Gemeinden San Miguel Ixtahuacán und Sipakapa, befindet sich das schändliche Projekt *Marlin*, wo seit Ende letzten Jahres durch das Unternehmen *Montana Exploradora S.A.*, einem Tochterunternehmen der kanadisch-US-amerikanischen *Glamis Gold Ltd.* und unterstützt mit Geldern der Weltbank, Gold abgebaut wird. Gegen dieses Projekt gibt es einen starken nationalen, regionalen und lokalen Widerstand, der seinen Höhepunkt am 18. Juni 2005 in einer demokratisch durchgeführten Volksbefragung in der Gemeinde Sipakapa hatte.

Wie es in einer Deklaration der Bevölkerung von Sipakapa und unterstützenden Organisationen vom 4. März 2006 heisst, betrifft die Mine „nicht nur die indigenen Bevölkerungen der *Sipakapenses* und *Mames* in San Marcos, sondern das gesamte westliche Hochland Guatemalas, da die Absicht besteht, die ganze Region in einen grossen Minenbezirk umzuwandeln“.

Gemäss Daten des *Minen- und Energieministeriums* MEM, zusammengestellt von der Zeitschrift *Inforpress Centroamericana*, wurden allein für das Hochland von San Marcos 16 Minenlizenzen vergeben (eine für Bodenuntersuchungen, 14 für Sondierbohrungen und eine für den Abbau von Mineralien), Anträge auf drei weitere Lizenzen wurden bereits eingereicht. Von diesen Minentätigkeiten sind elf Gemeinden von San Marcos direkt betroffen, unter anderem Tacaná, Ixchiguán und Tajumulco.

Chronik der angekündeten Ereignisse

Am 7. März 2006 veröffentlichte die Tageszeitung *Siglo XXI* einen Artikel in dem Innenminister Carlos Vielmann die „Unterstützung“ US-amerikanischer Militärtruppen bei geplanten Razzien in Tajumulco ankündigte. Ziel dieser Aktionen waren die Entwaffnung der Bevölkerung und die Zerstörung der Mohn-Plantagen. Damit sollte einerseits das Drogenhan-

del-Problem und im selben Zug ein Landkonflikt zwischen den Gemeinden Tajumulco und Ixchiguán gelöst werden. Wie es später hiess, konnten die guatemalteckischen und US-amerikanischen Truppen wegen Widerstands der lokalen Bevölkerung nicht ins Dorf Tajumulco gelangen und beschränkten sich deshalb darauf, auf den Zufahrtsstrassen Fahrzeugkontrollen durchzuführen. Dazu machte sich die *Nationale Front zur Verteidigung der öffentlichen Dienste und der Naturressourcen* in einer kürzlich veröffentlichten Pressemitteilung folgende Überlegung: „In erster Linie und auch ohne die Beteiligung ausländischer Truppen, ist es völlig absurd, wenn im Voraus angekündigt wird, wo die Razzien durchgeführt werden sollen. Damit werden diejenigen gewarnt, die etwas zu verbergen haben und sie haben alle Zeit der Welt, dieses „etwas“ zu verbergen.“ (¡Fijáte! 356)

Hinterfragt werden muss in diesem Sinne auch die militärische Lösungsstrategie im Landkonflikt zwischen Tajumulco und der Nachbargemeinde Ixchiguán. Gemäss oben erwähntem Artikel aus *Siglo XXI* wurde nach der Räumung der Siedlung *Once de Mayo*, Ixchiguán, in genau diesem Ort eine mobile Basis der „kombinierten Truppen“ (95 PolizistInnen und 50 Militäranghörige) installiert. Ihr Auftrag: Der Schutz der BewohnerInnen und der Schutz der sich in Gefahr befindenden Güter.

Doch: Werden die Truppen in San Marcos die Leute von Sipakapa schützen und diejenigen Güter, die im Begriff sind, durch das Minenprojekt zerstört zu werden? Werden sie alle indigenen Gemeinden schützen, deren Gemeinschaftsland von der Enteignung durch Grossgrundbesitzende und transnationale Unternehmen bedroht ist?

Diese kombinierten Truppen haben klar gezeigt, dass sie es mit dem Schutz der Güter ernst meinen, als sie am 11. Januar 2005 den Kaqchikel-Indígena Raúl Castro Bocol ermordeten, der in Los Encuentros, Sololá, gegen die Durchfahrt einer für die Mine *Marlin* bestimmte Maschine demonstrierte. Dieser Zylinder wurde von über 1'000 Soldaten und Hunderten von Polizisten begleitet und beschützt, während Präsident Berger bei einer Pressekonfe-

renz erklärte, es sei seine Aufgabe „die Investoren zu schützen“.

Glifosat: Mit Vorsicht anzuwenden

In den letzten Wochen war die US-amerikanische Militär-„Unterstützung“ vermehrt Thema in den guatemaltekischen Medien. Nebst der physischen Truppenpräsenz geht es auch um die Lieferung von Kleinflugzeugen und anderem Material, das für die Zerstörung der Mohnplantagen in San Marcos gebraucht wird. Obwohl es Beweise gibt, dass das Besprühen der Pflanzungen mit Gift für die Umwelt, die anderen Pflanzen und die Gesundheit der dort lebenden Menschen schädlich ist, lösten diese Meldungen keine grösseren Reaktionen aus.

Am 16. Januar 2006 zitierte die Tageszeitung *el Periódico* den Innenminister Carlos Vielmann, der meinte, man würde nur noch die Kleinflugzeuge aus den USA erwarten, um mit dem Besprühen von rund 200 Hektar Land mit dem Pflanzengift Glifosat (hergestellt von *Monsanto*, die Red.) zu beginnen. Ebenfalls wurde der Polizeidirektor Erwin Sperisen wörtlich wiedergegeben, der zugab, dass auch „Gemüseplantagen, wenn sie in den Mohnfeldern liegen, von den Giftschwaden betroffen werden“. Im selben Artikel erklärte Gustavo Mendiábal, Leiter der Abteilung für Normen und Regeln des Landwirtschaftsministeriums (MAGA), dass der Gebrauch von Glifosat „mit Vorsicht“ erlaubt sei. Gemäss *el Periódico* handelt es sich bei Glifosat um das selbe Gift, versprüht mit den selben Kleinflugzeugen, das auch in Kolumbien angewendet wird. Von dort weiss man, dass es bei den Menschen Nebenwirkungen wie Übelkeit, Kopf- und Magenschmerzen, Durchfall und möglicherweise längerfristige Schäden wie Krebs und Missbildungen bei Neugeborenen provoziert.

Tatsächlich erliess das Verwaltungsgericht von Cundinamarca, der zweitwichtigste kolumbianische Gerichtshof, am 13. Juni 2003 eine Deklaration, in der es hiess, dass die Besprühung mit Glifosat das kollektive Recht auf eine gesunde, ökologisch ausgeglichene Umwelt und auf Gesundheit verletze. Ebenso hatte das kolumbianische Verfassungsgericht bereits ein Urteil gefällt, das den Gebrauch von Glifosat für die Besprühung von Gebieten, in denen indigene Bevölkerung lebt, verbietet und die Umsetzung eines Umweltschutzprogramms forderte. Diese Urteile sind wichtige Präzedenzfälle, die offiziell die Risiken benennen, die Glifosat für die Gesundheit sowie für die Umwelt

bedeuten und die das indigene Recht verletzen.

Nichtsdestotrotz erklärte der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe am Tag nach dem Urteil des Verfassungsgerichts, dass, solange er Präsident sei, die Glifosat-Besprühungen weitergeführt würden.

In den wenigen Stellungnahmen von Organisationen, die sich in Guatemala gegen den Minenabbau in San Marcos aussprechen, nimmt niemand Bezug auf die Frage des Drogenanbaus bzw. äussert niemand eine kritische Meinung zu dessen Bekämpfung. Ohne die gewaltige Macht und die Kontrolle zu negieren, die von den Drogenringen ausgeübt werden, und im Bewusstsein, dass die Regierung versuchen wird, alle Kritik an den Gift-Besprühungen als Sympathie mit dem Terrorismus gleichzusetzen, muss man sich doch ernsthaft fragen, ob es die beste Form der Bekämpfung des Drogenhandels ist, das US-amerikanische Militär um seine Unterstützung für die Glifosat-Besprühung der Ländereien von ganzen Gemeinden zu bitten.

Am 19. Februar nahm die *Prensa Libre* das Thema der Besprühungen in den beiden Gemeinden wieder auf, ebenso am 2. März. Nebst dem Innenminister, der über die Notwendigkeit einer grossangelegten Anti-Drogen-Operation redet, wird der Direktor des US-amerikanischen Antidrogenprogramms, Antonio Aras, zitiert, der über seine „Befürchtung“ spricht, dass der Drogenhandel, speziell die chemischen Drogen, die „Grenzen Guatemalas durchdringen“. Auch wenn gemäss Informationen der Presse die Mohnpflanzen in Guatemala angepflanzt, über die Grenze gebracht und in mexikanischen Labors zu chemischen Drogen weiterverarbeitet werden, ist es unverantwortlich, über den Handel von chemischen Drogen in Guatemala zu sprechen und damit die Vergiftung ganzer Regionen zu rechtfertigen.

Plan Maya Jaguar: Besprühung, Waffen, Zyamid?

Sowohl die Razzien in Tajumulco wie auch die Gift-Besprühungen, die in verschiedenen Gemeinden des Departements San Marcos durchgeführt werden sollen, sind Teil des *Plan Maya Jaguar*, einer gemeinsamen Militäraktion guatemaltekischer und US-amerikanischer Truppen mit dem vermeintlichen Ziel, den Drogentransport durch und den Handel in Guatemala zu unterbinden.

Der im Jahr 1998 gestartete *Plan Maya Jaguar* wurde mehrmals verlängert und um das humanitäre Programm

Nuevos Horizontes erweitert. *Nuevos Horizontes* wurde in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern durchgeführt und gilt als Vorwand, um die Bevölkerung an die Präsenz ausländischer Truppen zu gewöhnen. Am 6. Dezember 2005 nahm der guatemaltekische Kongress ein Dekret an, mit dem der *Plan Maya Jaguar* bis ins Jahr 2008 verlängert wird. Und obwohl der *Plan Maya Jaguar* eigentlich im ganzen Land operieren sollte, konzentriert er sich in letzter Zeit auf das Hochland von San Marcos. In ihrer Presseerklärung fragt die *Nationale Front zur Verteidigung der öffentlichen Dienste und der Naturressourcen*: „Weshalb ist das Militär ausgerechnet in San Marcos stationiert, wo die Bevölkerung einer Gemeinde in voller Ausübung ihrer demokratischen Rechte und Würde, im Rahmen einer Volksbefragung mit eindrücklicher Beteiligung die Minentätigkeit abgelehnt hat. Was folgt als nächstes? Die Zerstörung der Opiumlabore in Río Hondo?“ (Wo vor einem Jahr die Bevölkerung, ebenfalls in einer Volksabstimmung, den Bau eines Wasserkraftwerks abgelehnt hat, die Red.)

Wie es im Vorwort des von *Informpress* herausgegebenen Buchs von Luis Solana (Guatemala, Erdöl und Minen in den Fängen der Macht) heisst, war „die Förderindustrie auf der ganzen Welt schon immer ein Objekt militärischer Geheimdiensttätigkeit gewesen, da die beiden Rohstoffe Gold und Öl Kernstücke des Reproduktionsmodells des internationalen Kapitalismus sind.“ Ausserdem sei das durch die Investition in diese Industrien gewonnene Geld wiederum in die Finanzierungen von Staatsterror geflossen, heisst es in dem Buch.

Die Regionalisierung des Plan Colombia

Die Militarisierung von Minendistrikten ist ein Phänomen, das nicht nur in San Marcos anzutreffen ist. Im Gegenteil, dort wiederholt sich zur Zeit ein Muster, das bereits aus Izabál bekannt ist, wo in den 60er bis 80er-Jahren das Unternehmen *International Nickel Company* zusammen mit den damaligen guatemaltekischen Militärdiktaturen um jeden Preis das Minengeschäft vorantreiben wollte.

Auch wenn die Militarisierung auf der ganzen Welt eine Begleiterscheinung des Minenbaus ist, lohnt es sich, das Beispiel Kolumbien etwas genauer anzuschauen und Parallelen zum Anti-Drogen-Kampf zu ziehen. Ebenfalls muss darauf hingewiesen werden, dass es in den letzten Jahren Annäherungen zwi-

schen Kolumbien und den mittelamerikanischen Ländern gegeben hat, speziell seit Kolumbien zum Beobachterland des *Plan Puebla Panamá* ernannt wurde. Ausserdem gibt es verschiedene gemeinsame Militäroperationen von Kolumbien, den USA und mittelamerikanischen Ländern, speziell im Bereich „Sicherheit“ und natürlich im Anti-Drogenkampf und der Terrorismusbekämpfung. Während des Staatsbesuchs von Präsident Uribe in Guatemala im Januar dieses Jahres, unterzeichneten die beiden Regierungen einen Sicherheitsvertrag und vereinbarten die Schaffung einer binationalen Kommission für die Koordination des weltweiten Anti-Drogenkampfes.

Gemäss einer Meldung der Nachrichtenagentur CERIGUA erklärte Uribe während seines Besuchs, dass, falls Guatemala eine Integration in den *Plan Colombia* beantragen und um US-amerikanische Unterstützung im Kampf gegen Drogenhandel und andere Sicherheitsprobleme ersuchen würde, die guatemaltekischen Behörden voll und ganz mit der kolumbianischen Unterstützung rechnen könnten

„Man gibt vor, dass der *Plan Colombia* den Drogenhandel unterbinden will, in Wirklichkeit werden militärische und paramilitärische Truppen stationiert, um die Infrastrukturen der nordamerikanischen oder europäischen Minen- oder Ölförderungsunternehmen zu schützen“, erklärt Francisco Ramírez von der *Gewerkschaft der staatlichen Minenarbeiter Kolumbiens*. In seinem Buch „Das grosse Geschäft der Minen in Kolumbien“ beschreibt Ramírez einige der brutalen Menschenrechtsverletzungen, die in den Minendistrikten zwischen 1995 und 2002 begangen wurden: jährlich im Durchschnitt 828 Ermordungen, 125 Verschwundene, 117 Verletzte, 71 Gefoltete, 355 Todesdrohungen und 150 illegale Verhaftungen. Ausserdem 433 Massaker.

Ein Krieg mit vielen Gesichtern

Diese Zahlen aus Kolumbien erinnern mehr an das Guatemala der 80er-Jahre als an das heutige. Was man aber nicht unterschätzen darf, sind die psychologischen und sozialen Auswirkungen der Militarisierung, ebenso wenig wie die Auswirkungen dieser Art von Kriegsführung niedriger Intensität auf die sozialen Gefüge.

In den letzten Wochen hat eine Nachricht für ziemliches Aufsehen gesorgt, die in *Inforpress* erschienen ist: Am 16. Januar wurden vom guatemaltekischen Energieministerium zwei Sondie-

runglizenzen an die *Gold-Ore-Resources* vergeben, ein kanadisches Unternehmen, das seit Jahren in Zentralamerika tätig ist. Zusammen mit zwei anderen, ebenfalls kanadischen Unternehmen (*Pathfinder Resources Ltd.* und *Santoy Resources Ltd.*) sucht die *Gold-Ore-Resources* in Zentralamerika seit mindestens einem Jahr nach Uranvorkommen. Bislang wusste man nicht genau wo, doch seit dem 16. Februar 2006 weiss man dank einer Presserklärung des Konsortiums, dass es unter anderem die guatemaltekische Gemeinde Esquipulas, Chiquimula, betrifft. Gegenüber *Inforpress* sagte der Energie-Vizeminister, Jorge García, man habe bei der Lizenzvergabe nicht gewusst, dass nach Uran gesucht werde sollte, doch seit er die Kopien der Lizenzverträge gesehen habe, sei er sehr beunruhigt.

García ist nicht der einzige, der Anlass zur Beunruhigung hat. Offenbar sind diese Unternehmen nicht nur in Besitz einer Lizenz für Esquipulas, sondern haben auch Lizenzen für Sondierbohrungen in zehn anderen Departements, unter anderem in San Marcos.

Die teuflische Dreieinigkeit: TLC, PPP und *Plan Maya Jaguar*

Auch wenn es stimmt, dass die Militarisierung und der Minenabbau Hand in Hand gehen, darf man andere regionale Initiativen wie z.B. die Freihandelsabkommen (TLC) oder den *Plan Puebla Panamá* (PPP) in diesem Setting nicht ausser Acht lassen. Ausgehend vom Beispiel der Minen kann man dieselben Kontrollstrategien auch bei den anderen regionalen Integrationsprojekten wiedererkennen. „Der *Plan Maya Jaguar*, der *Plan Puebla Panamá* und die Freihandelsabkommen bilden eine teuflische Dreieinigkeit“, heisst es in der Erklärung der *Nationalen Front zur Verteidigung der öffentlichen Dienste und der Naturressourcen*. „Die drei zusammen sind eine bösartige und intrigante Mischung: Der TLC, was die Wirtschaft betrifft, der PPP im Bereich der Infrastruktur und der *Plan Maya Jaguar* im Militärischen.“

Der TLC steht nicht bloss für wirtschaftliche Interessen, sondern repräsentiert auch den internationalen Konsens neokolonialer Mächte, welche nationale und internationale Politiken und Gesetzgebungen zugunsten der transnationalen Unternehmen beeinflussen. Fast überall auf der Welt haben die kanadische und die US-amerikanische Regierung, die multilateralen Institutionen wie die Weltbank oder der *Internationale Währungsfonds*, zusammen mit den

transnationalen Unternehmen selber, die Richtlinien für die Gesetzgebung in Sachen Minenpolitik vorgegeben.

Die Freihandelsabkommen zementieren die Straflosigkeit und drohen mittels speziellen Kapiteln über die „Rechte“ der Investoren, mit gravierenden Konsequenzen für Staaten, die versuchen, die Interessen der Investoren zu durchkreuzen.

Mit dem *Plan Puebla Panamá* wird die für die transnationalen Unternehmen notwendige Infrastruktur geschaffen. Die Minen z.B. brauchen riesige Mengen an Wasser und Energie, sowie gute Strassen, die auf direktem Weg zu guten Häfen führen. All dies sind Kernpunkte des PPP, der in der Finanzierung von Infrastrukturbauten besteht, ganz der Logik des Marktes, der Interessen der transnationalen Unternehmen und der internationalen Geldinstitute entsprechend. Schlussendlich geht es bei dieser „Finanzierung“ um Darlehen, welche die kommenden Generationen Mittelamerikas bezahlen müssen.

Die sie begünstigenden Gesetze und Infrastruktur nützen diesen Unternehmen aber nichts, solange sie die Bevölkerung gegen sich haben. Deshalb beschreibt Francisco Ramírez für den Fall Kolumbien den *Plan Colombia* als die dritte Phase, als militärische Antwort auf jeglichen Widerstand gegen die Minentätigkeit.

Für den Fall des Hochlands von San Marcos kann man davon ausgehen, dass der *Plan Maya Jaguar* genau dieses Ziel verfolgt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

Volksbefragungen: Ein Sieg der (oder über die) Demokratie?

Guatemala, 20. April. Das guatemalteckische Verfassungsgericht bestätigte am 4. April die Rechtsgültigkeit der beiden Volksbefragungen von Río Hondo, Zacapa, und von Sipakapa, San Marcos, wo sich die Bevölkerung gegen den Bau eines Wasserkraftwerks bzw. die Tätigkeit einer Tagebaumine aussprach. In beiden Fällen berufen sich die InitiantInnen der Befragungen auf die Umweltschäden, die von den Unternehmen angerichtet würden und beschwerten sich, dass sie als betroffene Bevölkerung vor der Lizenzvergabe an diese Firmen nicht konsultiert wurden, wie es das Abkommen 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) vorschreibt.

In Sipakapa nahmen rund 600 Personen aus dreizehn Dörfern an der im letzten Juni durchgeführten Abstimmung teil, davon sprachen sich elf Dörfer gegen die Minentätigkeit aus, eines dafür und eines enthielt sich der Stimme.

In Río Hondo fand die Befragung ebenfalls im letzten Juni statt, von den 2'800 teilnehmenden Personen sprach

sich die grosse Mehrheit gegen den Bau des Wasserkraftwerkes aus.

An beiden Orten wurde vor den Volksbefragungen seitens der Unternehmen versucht, Verwirrung über die Rechtsgültigkeit von solchen, von den Gemeinden autonom durchgeführten Abstimmungen zu säen. In Sipakapa z.B. wurden ein paar Tage vor der Abstimmung Flugblätter verteilt, die vermeintlicherweise sagten, die *consulta* sei abgesagt worden. Und auch wenn es das Unternehmen abstreitet, eine Filmequipe, die einen Film über die Volksbefragung und überhaupt das Problem der Minenpräsenz in Sipakapa drehte, sah bei einem Besuch in der Mine schachtelweise diese Flugblätter herumstehen.

Der Entscheid des Verfassungsgerichts löste grosse Freude unter den sozialen Organisationen aus, die sich zum Thema engagieren. Als einen historischen Moment bezeichnete die *Nationale BäuerInnenkoordination* CNOC dieses Urteil, mit dem die nationalen und internationalen Abkommen über die Rechte der indigenen Bevölkerung über die Partikularinteressen einiger Weniger

gestellt wurden.

Am 18. April übernahmen dann die neugewählten RichtInnen und ihre respektiven Ersatzrichter des Verfassungsgerichts ihre Ämter (siehe ¡Fijáte! 357). Ihre Vorgänger traten jedoch zurück, nachdem sie zwar die Entscheide in den Fällen Río Hondo und Sipakapa gefällt hatten, aber ohne alle notwendigen Dokumente zu unterzeichnen. Im Fall von Río Hondo soll es ein unterschriebenes Urteil aber keine rechtsgültige Notifikation geben. Im Fall Sipakapa ist es noch schlimmer, da gibt es zwar gefälltes, aber nicht von allen Richtern unterzeichnetes Urteil.

Die (schwindende) Hoffnung der Bevölkerung der betroffenen Orte besteht nun darin, dass die NachfolgerInnen der abgetretenen RichterInnen das Urteil nicht noch einmal revidieren, sondern so schnell wie möglich ihre Unterschriften darunter setzen. Ansonsten wären die nationalen juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft und es bliebe ihnen nur noch die Variante, ihre Fälle vor den Interamerikanischen Menschenrechts-Gerichtshof (CIDH) zu tragen.

Europ. Parlament thematisiert Femizid

Guatemala, 22. April. Die Abgeordneten des *Europäischen Parlaments* (EP) haben den Antrag gestellt, dass auf dem IV. Gipfel der Staatsoberhäupter der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik in Wien der Femizid in Guatemala und Mexiko thematisiert werde. Während Veranstaltungen unter dem Motto "Nicht ein Tod mehr", die in Brüssel stattfanden, hatten die EP-Abgeordneten beschlossen, einen entsprechenden Brief an Österreich zu senden, das derzeit die Präsidentschaft des Parlaments innehat.

Zudem verabschiedeten die ParlamentarierInnen unter Dringlichkeit eine Resolution, um das *Parlamentarische Netzwerk über Frauenmorde* um diese Europäische Instanz sowie die Versammlung des Europarats zu erweitern. Im Moment besteht das Netzwerk aus Guatemala, Mexiko und Spanien.

Das EP hat zudem sensibilisierende Veranstaltungen in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geplant und sieht vor, eine Unterkommission im Interparlamentarischen Abrüstungsnetzwerk mit dem Titel „Femizide“ zu schaffen.

In Guatemala und Mexiko wurden in den letzten zehn Jahren tausende von gewaltsamen Morden an Frauen gemeldet, die bereits eine systematische Praxis darstellen und als Hauptmerkmal die Straflosigkeit tragen.

In Guatemala wurden zwischen

2000 und März 2006 mehr als 2'335 Fälle von Femizid bekannt, allein im laufenden Jahr sind 170 Frauen ermordet worden. Von den 665 Fällen im Jahr 2005 wurden lediglich drei aufgeklärt – was noch lange keine Verurteilung der Täter bedeutet, aber deutlich die Inkompetenz und Wirkungslosigkeit der juristischen und Polizei-Systeme sowie die mangelnde politische Entschiedenheit der Regierung widerspiegelt, die im Grunde kurzfristig die Fälle lösen und das Phänomen aus der Welt schaffen sollten.

Im gleichen 15monatigen Zeitraum meldete Mexiko den Mord an 1'456 Frauen, 379 der Morde fanden in Ciudad Juárez, Bundesstaat Chihuahua statt, eine Stadt, die sich inzwischen in das Symbol der Gräueltaten und der Straflosigkeit gegenüber Frauen gewandelt hat.

Trotz der zahlreichen Empfehlungen, die Yakin Ertürk, UN-Sonderbeauftragte für Gewalt gegen Frauen, im Jahre 2004 den entsprechenden Regierungen gegeben hat, zeitigten sich weder in Guatemala noch in Mexiko wesentliche Fortschritte in Sachen Bekämpfung des Femizids.

Im Gegenteil, wie Alba Estela Maldonado, Abgeordnete der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) und Mitglied der Legislativkommission der Frau mitteilte, ist die Zahl der Morde an Frauen in Guatemala in den letzten fünf Jahren gar um 300 Prozent angestiegen.

Zeitumstellung!

Guatemala, 19. April. Aufgrund der steigenden Ölpreise, die derweil die 73 US-\$ pro Fass überschritten haben, hat nun auch Guatemala beschlossen, die Zeit zu manipulieren, um Strom zu sparen.

Um Mitternacht vom 29. auf den 30. April wird die Uhr um eine Stunde vorgestellt, bis sie in der Nacht vom 30. September wieder zurückgestellt werden wird. Somit reiht sich Guatemala in die noch kleine Gruppe der amerikanischen Staaten, von denen Kanada, die USA, Mexiko, Panamá, Argentinien und seit letztem Jahr auch Nicaragua am Zeiger drehen.

Energieminister Luis Ortiz erwartet ein Einsparen von 25 Mio. Quetzales jährlich, da rund 6,1 Mio. Gallonen Brennstoff weniger für die Stromerzeugung verbraucht würden.

Skeptischer ist dagegen Jaime Díaz, Wirtschaftsanalyst des *Nationalen Wirtschaftsstudienzentrum* CIEN, der sagt, dass die Zeitumstellung bloss eine Formsache sei, doch keinen wesentlichen Spareffekt mit sich bringe. Vielmehr müsse die Regierung grundlegendere Lösungsansätze suchen, um den Kraftstoffverbrauch einzuschränken. Als ganz offensichtliche wunde Punkte bieten sich gleich zwei an: der Verkehr und die Infrastruktur in städtischen Zonen.

Landesweiter Protest wegen "historischer Tatsachen"

Guatemala, 20. April. So wie im Rahmen des Nationalen Aufstands angekündigt, riegelten am Donnerstag diverse Sektoren der Zivilgesellschaft auf friedliche Weise wichtige Strassen und Kreuzungen ab, wurden jedoch mit Gewalt von den staatlichen Sicherheitskräften und Anti-Aufstandseinheiten zurückgedrängt, die ohne Federlesen körperliche Gewalt, Tränengas- und Rauchbomben einsetzten. Am Schluss der mindestens 15 Demonstrationen im ganzen Land, waren 28 Personen festgenommen und mindestens 15 teilweise schwer verletzt worden. Auch ging das Gerücht um eine Frau um, die ihren Schussverletzungen, abgegeben von der Polizei, erlegen sei, doch dies wurde nicht bestätigt.

Die Regierung hatte bereits im Vorfeld angekündigt, auf den Demos keine Gewalt zu dulden und bedeutenderweise einen Tag vor der angekündigten Aktion die Spezialeinheiten der Polizei mit neuem Material ausgerüstet, darunter massenweise Tränengas- und Rauchbomben, Schusspatronen und –gewehre für die Gasgranaten sowie Maschinengewehre und schussicheren Körperschutz im Gesamtwert von mehr als 17 Mio. Quetzales.

Präsident Berger hat sich sowohl beim Festakt der Übergabe als auch in einer landesweit ausgestrahlten Fernseh- und Radioansprache geäußert: „Es ist schon peinlich, vor der Welt von unseren Schwächen zu sprechen. (...) Es ist ein grosser Fehler, einfach nur zu protestieren und die Rechte der anderen zu

blockieren. Zu protestieren wegen historischer Tatsachen, die sich in vier Jahren nicht ändern.“

Daniel Pascual, Vertreter der *BäuerInnenvereinigung* CUC, verurteilte die „Null-Toleranz-Einstellung“ der Regierung gegenüber der demonstrierenden Bevölkerung und informierte, dass während des Marsches durch die Hauptstadt auf der US-amerikanischen Botschaft Scharfschützen gesichtet worden seien.

Nach langem Ringen liessen sich die DemonstrantInnen doch auf einen erneuten Verhandlungsversuch ein, hat doch die Vergangenheit gezeigt, dass erreichte Vereinbarungen keinerlei Verbindlichkeit bedeuten und die Regierung die Runden Tische bloss missbraucht, um den Anschein der Kompromissbereitschaft zu wahren. Es bleibt abzuwarten, was aus den weitreichenden Verständigungen wird. Abgemacht wurde laut eines Kommuniqués der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), dass Räume für die Konsultierung der organisierten Gesellschaft geöffnet werden hinsichtlich der Ausführung des Freihandelsvertrags mit den USA (TLC). Zudem soll garantiert werden, dass die Kompensations- und Komplementärgesetze gebilligt werden, die sicherstellen sollen, dass die Bevölkerung wenig Schaden durch den TLC davonträgt. Das *Monitoring* von Bauprojekten, die im Rahmen des Wiederaufbauprogramms nach Hurrican Stan errichtet werden, soll Korruption und Politisierung vermeiden, die Entschädigung der Opfer des Staatsterro-

rismus garantiert werden. Der Kongress wird aufgefordert, die Reformen zum Arbeitsgesetz, des Agrarkodices und der Schaffung von Agrartribunalen sowie das Gesetz für Kommunale Radios zu verabschieden. Das Wohnungsbauprogramm soll gestärkt und eine Lohnerhöhung für alle Arbeitenden in Erwägung gezogen werden.

Die Mobilisierung wurde derweil genutzt, um die Bewusstseinskampagne „Land, Tortilla und Arbeit, zum Teufel mit Hunger und Armut!“ publik zu machen, die von zahlreichen BäuerInnen- und sozialen Organisationen lanciert wird, um die Bevölkerung hinsichtlich der Ursachen der herrschenden prekären Situation zu sensibilisieren und auf eine Veränderung hin zu einer integralen Entwicklung des Landes zu insistieren.

Indigene RegierungsfunktionärInnen finden sich unterdessen im politischen und moralischen Dilemma, seit sich die Konfrontationen zwischen der Exekutive und den BäuerInnenorganisationen verschärft haben. Auf der Demo Ende März waren sie explizit zum Rücktritt aus der Regierung aufgefordert worden. Daraufhin trafen sich rund 50 indigene Regierungsleute, doch ein Konsens liess sich nicht finden. So will Rosalina Tuyuk, Leiterin des *Nationalen Entschädigungsprogramms* PNR, tatsächlich zurücktreten, sollten alle Dialogoptionen ausgeschöpft und es zur Gewalt auf der Strasse kommen. Die Friedenssekretärin Norma Quixtán wollte indes bleiben.

Lynchjustiz – UN erwarten eine Erklärung

Guatemala, 20. April. Sechs weitere Fälle von Lynchjustiz muss eine Regierungsdelegation im Mai vor dem Komitee über Folter der Vereinten Nationen in Genf erklären, dessen Mitglieder wissen wollen, warum diese Praxis immer noch an der guatemaltekischen Tagesordnung ist.

Die letzten Lynch-Opfer starben vergangenen Mittwoch in Sumpango, Sacatepéquez, durch die Hand der Bevölkerung. Ein 36jähriger Mann aus der Hauptstadt und eine 25jährige, nicht weiter identifizierte Frau waren ursprünglich von der örtlichen Polizei festgenommen worden mit dem Verdacht auf versuchte Kindesentführung. Doch das Gerücht ging um, dass es sich um geübte KinderräuberInnen handelte. Seit Januar sind sechs Kinder aus Sumpango verschwunden. Daraufhin bewaffnete sich die Bevölkerung mit Stöcken, holte die beiden aus der Polizeiwache heraus und schlugen sie bewusstlos, ein lokaler Fernsehkanal filmte das Geschehen. Doch die Wut des Mobs war nicht zu stillen, er liess sich weder

auf Gespräche mit der hilflosen Polizei noch mit anwesenden VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH) ein, sondern überschüttete die Opfer mit Benzin und verbrannte sie am lebendigen Leibe. Abends umzingelte das Volk das Wohnhaus des Bürgermeisters, warf Steine und setzte die Eingangstür in Flammen mit der Forderung, für mehr Sicherheit im Ort zu sorgen. Zuguterletzt stürmten die erregten BewohnerInnen die Polizeistation, plünderten sie und legten auch hier Feuer.

Am 6. April wurden zwei Frauen in einem Dorf in Huehuetenango exekutiert, die des Mordes verdächtigt wurden. Die Bevölkerung rechtfertigte auch hier ihr Tun damit, dass sie die Passivität der Polizei und die Langsamkeit der Justiz leid sei, die nicht gegen die Kriminalität vorgingen.

Mit einem Lynchversuch von zwei mutmasslichen Verbrechern in San Gaspar Ixchil zählt allein das Departement Huehuetenango in den letzten Wochen bereits vier solcher Taten, wo unter anderem zwei Schwestern aufgrund eines

Streits um ein Grundstück starben. Vergangenen Dienstag lud das UN-Komitee zur Folter die guatemaltekische Regierung vor, um zu berichten, welche Massnahmen gegen die Lynchpraxis ergriffen worden seien und wie der Stand der Dinge in Sachen Prozesse, Urteile, Strafen und „Erziehungsprogramme“ für die Bevölkerung sei, hat doch das Phänomen dieser Art der Rechnungsbegleichung seit Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 deutlich zugenommen.

Zudem wird die Delegation erklären müssen, warum immer noch nicht das Gesetz in Bezug auf das Gefängnisystem gebilligt ist und ob es eine spezielle Anordnung gebe, die klar besagt, dass der Befehl eines Vorgesetzten oder einer öffentlichen Autorität nicht dazu herangezogen werden kann, Folterhandlungen zu rechtfertigen. Das Komitee kündigt zudem an, über den Stand der Ermittlungen in 626 dokumentierten Fällen von Massakern informiert werden zu wollen, und ob die Gerichte diese bereits kennen.

¡Hijole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Warum haben sie ihm das angetan?

Guatemala begeht die heilige Woche vor Ostern

In meiner Nachbarschaft plärren die Lautsprecher: Eine Gruppe evangelikaler Sektenangehöriger schreit, schimpft, singt und erzittert vor der Macht eines Gottes, der taub zu sein scheint. Dazu die mit *corozo* (typische duftende Oster-Pflanzenähre, *die Red.*) parfümierten Luftbrisen, die Blumen und Kiefernadeln, die Formen und Farben der Blumenteppeiche auf den Strassen, hergerichtet von Nachbarn und Nachbarinnen in Shorts und Schlappen, eingelullt in Musik, die der potenteste Musikrekorder der Nachbarschaft von der Mitte der Strasse aus von sich gibt; die Trauben von Kindern, die ältere Leute anrempeeln; die Familien in Sonntagsstaat, die unter der Hierarchie des Papstes spazieren gehen; die Hotdogwagen am Strassenrand; die häuslichen Altärchen, die vor einigen Häusern auf den Bürgersteig hinausgestellt wurden, eingetaucht in Weihrauch; die barfüssigen Jungen und Mädchen, die die typischen Oster-Honiglutscher feilbieten: all das ist *Semana Santa* in meinem Dorf.

Der Hauptdarsteller ist ein ermordeter Mann. Daran hat mich gerade ein Junge erinnert, der offenbar noch nicht zum Religionsunterricht geht, als er die Heiligenfigur des Gekreuzigten bei einer Osterveranstaltung gesehen hat. Er war beeindruckt: „Wer ist das?“, hat er mich gefragt, während sein Zeigefinger die Blutfäden auf der Figur nachzieht. „Warum haben sie das mit ihm gemacht?“, und zeigt auf die enormen Nägel, die Hände und Füsse der Figur durchbohren.

Wer hat ihn ermordet? Der Katechet, der im Gemeinderadio spricht, der Pfarrer in der Messe, die Nonne während der Katechese, die Leute auf der Strasse, die sich bekreuzigen, wenn der Nazarener vorbeizieht und sogar die KolumnistInnen in der täglichen Presse scheinen sich in der Antwort einig zu sein: „Er starb für unsere Sünden.“ Selbst ein bissiger Verteidiger des Neoliberalis-

mus, der sonst immer über Wirtschaft schreibt, macht heute einen auf Ostern und redet von einem „allmächtigen Gott, der das grösste Opfer brachte, um die Menschheit von der Sünde und vom Tod zu erlösen“. Zu dieser ahistorischen, universalen Erklärung kommt jetzt noch das Dokument des gnostischen Evangeliums vom Heiligen Judas hinzu, das in diesen Tagen im *National Geographic* publiziert wird.

Aber all das gibt keine Antwort auf die eindeutige Frage des Jungen, der auf die Nägel des Gekreuzigten zeigt. Während die religiösen Erwachsenen, manche an die Genauigkeit der Wissenschaft gewöhnt, eine mystische Antwort anbieten, stellt sich der Junge – sind die Kinder nicht die BürgerInnen der Phantasie? – die wissenschaftliche, konkrete Frage über den Tod des Gekreuzigten: Wer ist das Opfer und warum haben sie das mit ihm gemacht? Ein verdächtiges Paradox.

Die Szenen der Heiligen Woche (lassen wir einmal das Marketing des Tourismus beiseite, das unseren flüchtigen Sommer mit den religiösen Folkore-Events verbindet) sind Ausdruck einer gewissen Sorge um den Verlust des Realismus. Es scheint, dass sie versuchen, die wahre Geschichte jener Geschehnisse zu offenbaren. Die Strassen während der *Semana Santa* sind gefüllt von „Juden“ und „römischen Soldaten“, nicht ohne Charakteristika des kaiserlichen Roms. Die Bildnisse der Prozessionen zeigen mit gewisser Grobheit die Folter von Jesus und den Schmerz seiner Mutter sowie die Bosheit der Folterer. Es werden sogar die Hauptszenen der Passion, vor allem die Kreuzigung, live dargestellt. Die ZuschauerInnen sind ergriffen.

Doch das Interesse für die Geschichte bleibt genau dort stecken, in Folklore ohne Erinnerung. Niemand beantwortet die anderen Fragen: Wie war die religiös-soziale Einstellung von Jesus, was

waren die sozio-politischen Interessen seiner Feinde? Und dann die Frage unseres Kleinen: Warum haben sie das mit ihm gemacht?

Verdächtigerweise wird alles aus der Jesusgeschichte wegradiert, was in Beziehung steht zu den Dynamiken von Herrschaft/Befreiung, welche die Menschheitsgeschichte durchziehen und die unser Guatemala einschneidend prägen.

Übrig bleibt ein Nebenprodukt, das dazu dient, Schuldgefühle zu nähren und die Forderungen des hiesigen Lebens für „das Leben danach“ aufzuschieben. Oder damit irgendein Frevler sich im öffentlichen Ehrenbad suhlen kann, verkleidet mit der Büssermütze oder mit der heiligen Figur des Nazareners auf den Schultern. Doch der Tod Jesu war eine hoch politische Tat gegen einen unbestreitbaren Führer, der eine Revolution des Bewusstseins förderte, aber auch eine Revolution der religiösen, sozialen und politischen Strukturen seines Volkes.

Was soll man von so vielen Gläubigen halten, die Erfurcht vor dem Gekreuzigten bekunden und nicht wissen, wer ihn ermordet hat und warum sie das getan haben?

Ich habe meine Vorbehalte gegenüber einer Religion, die wie im Mittelalter, nach dem Hören der Passionsgeschichte die Figur des Gekreuzigten über das Volk erhebt und sagt: „Mein Volk, warum hast du das Kreuz für deinen Retter aufgestellt?“ – Haben wir nicht gerade noch gehört, dass es die Oberhäupter des Volkes waren, die das gemacht haben?

Ich habe meine Vorbehalte gegenüber einer Religion, die, anstatt die Verantwortlichen für den Tod des Unschuldigen – aller Unschuldigen – zu entlarven, ihre Gläubigen dazu zwingt zu singen: „Ver gib deinem Volk, Herr.“

Was ist das für eine Religion, die sich eines Gekreuzigten bedient, aber die wahre Version jenes Verbrechens verheimlicht?